

Zur Diskussion um die DGB-Reform: Groß oder Klein — ist das ein Problem?

Ein *wilder Streik* ist für die Wirtschaft sicherlich unangenehm und für die Gewerkschaften selbst kein Aushängeschild, denn entweder klappt es mit der Solidarität nicht oder aber zwischen Mitgliedschaft und Gewerkschaftsvorstand ist der Weg der Entscheidungen zu kompliziert. Trotzdem gibt es in England laufend wilde Streiks. Wer dies verhindern will, muß die Ursachen kennen. Wenn ein Unternehmer aus Willkür einen Betriebsratsvorsitzenden entläßt, dann wird als Mittel der Kampfparität die Arbeit niedergelegt, denn die Entscheidung des Unternehmers wirkungsvoll zu bekämpfen setzt voraus, die Entrüstung der Arbeitnehmer spontan aufzugreifen. Das Ziel, den fristlos gekündigten Betriebsrat wieder einzusetzen, würde mit einem legalisierten Streik nach wochenlangen Vorbereitungen nicht erreicht werden. Man beschimpft die englischen Gewerkschaften wegen ihrer veralteten Methoden und Strukturen, aber zu Unrecht, wenn man nicht das Management, das sich der Maximen des 19. Jahrhunderts bedient, gleichzeitig an den Pranger stellt. -

Mit diesem, nicht zum Thema gehörenden Beispiel soll lediglich unterstrichen werden, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht losgelöst sein kann von der Gesellschaft, in der sie wirkt.

Und noch ein Hinweis: In der Gesellschaft, gleich, ob wir sie pluralistisch oder leistungsbezogen, formiert oder informiert nennen, entscheiden einige über viele. Ich will die parlamentarische, freiheitliche Demokratie, die ich ohne Einschränkung bejahe, nicht diskreditieren, aber zur Zeit ist es noch so, daß nicht die Masse den Ton angibt, sondern kleine Gruppen oder sogar einzelne — von Industriekönigen, von *Abs* und *Springer* ganz zu schweigen. Dies ist im Westen so wie im Osten. Dort bestimmt eine Partei, was im Staat, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und selbst in der Gewerkschaft zu geschehen hat.

Wenn es also so ist, daß *gegen* die Mächtigen schlecht regiert werden kann, wenn es so ist, daß Einfluß und Geld einen bestimmenden Faktor darstellen, dann ist kaum zu erwarten, daß in den Gewerkschaften paradiesische Zustände herrschen. Sie sind, wie gesagt, eben ein Teil dieser Gesellschaft. Und so sind wir bereits beim Thema, ob der *innergewerkschaftliche Föderalismus* als ein Problem zu betrachten ist? Bevor ich zu einigen kritischen Betrachtungen komme, soll aber dies vorangesetzt werden: In den meisten Ländern — Schweden und Österreich bilden die einsamen Ausnahmen — betrachten Gewerkschaften und Unternehmer die Struktur der westdeutschen Arbeitnehmerorganisation als vorbildlich. Immer wieder hören wir die Hinweise — und besonders von gewerkschaftlichen Freunden —, daß der DGB mit seinen 16 Gewerkschaften eine gute Erfindung sei. Deshalb sollte dies nun auch nicht von uns bestritten oder in den Dreck getreten werden. Ein Betrieb — eine Gewerkschaft, dieser Organisationsgrundsatz ist einfach durch nichts Ebenbürtiges zu ersetzen, mögen wir noch so viel Phantasie aufbringen. Auch die Aufgliederung der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, des öffentlichen Dienstes, des Dienstleistungsgewerbes, der Wissenschaft und der Kultur in 16 gewerkschaftliche Bereiche ist ebenfalls als fortschrittlich anzusehen.

Zugegeben, der Beamtenbund, die Polizeigewerkschaft und die DAG sind Schönheitsfehler. Sie können jedoch bei dieser Betrachtung außer acht gelassen werden, denn sie haben weder alle zusammen noch als einzelne die organisatorische und gesellschaftliche Kraft, für die Mitglieder und ihre Familien den entscheidenden Einfluß auszuüben, ge-

schweige denn, Veränderungen oder Reformen durchzusetzen. Bei dieser Gelegenheit muß trotzdem Wasser in den Wein gegossen werden. So gut die 16 in einem DGB vereinigten Gewerkschaften sein mögen, keiner darf so vermessen sein, zu behaupten, 16 sei eine naturgegebene *Zahl*. Wenn es sinnvoll sein könnte, sie zu vergrößern, sollte dies geschehen, genauso wie überlegt werden kann, ob es unbedingt 16 Gewerkschaften geben muß.

Naturgemäß gibt es im DGB *große* und *kleine Gewerkschaften*. Kenner der Materie wissen, daß groß nicht gleich reich bedeutet; genauso wie klein nicht gleich arm ist, wie man es an der IG Druck und Papier ablesen kann, oder klein nicht einflußlos heißt, um bei dieser Gelegenheit die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen zu nennen. Große und kleine Gewerkschaften haben sich den DGB als gemeinsames Dach gegeben. Somit fällt dem DGB die Aufgabe zu, für ein gedeihliches Nebeneinander der Großen und Kleinen zu sorgen. Dies klappt übrigens besser, als man von vornherein glauben könnte. Im Bundeskongreß, dem höchsten Organ des DGB, gibt es keine Einheitsfront zwischen Riesen und Zwergen. Aber auch in der Tagesarbeit des DGB-Bundesvorstandes, der zwölfmal im Jahr zusammentritt, gibt es keine Kluft. Polarisierungen dieser Art sind nicht vorhanden. Es bedeutet ein hohes Maß von Solidarität, daß *Otto Brenner* im Bundesvorstand genauso eine Stimme hat wie der Vorsitzende der Gewerkschaft Kunst, um eine kleine Gewerkschaft zu nennen, und daß der Fall kaum vorstellbar ist, daß alle kleinen die wenigen großen Gewerkschaften überstimmen würden. Ich unterstütze auch nicht die Version, die drei großen, die im Bundeskongreß die Mehrheit der Delegierten stellen, könnten sich rächen und dann jeweils entgegengesetzte Beschlüsse fassen. Natürlich gibt es Auseinandersetzungen, die mehrheitlich entschieden werden müssen, aber die anstehenden Fragen sind meist grundsätzlicher Art und werden nicht daran gemessen, ob es kleine und große Organisationen gibt. Strittige Fragen sind auch nicht so angelegt, daß sie Großen nützen und Kleinen schaden oder umgekehrt. Wenn es um Politik geht, dann handelt es sich um Arbeitnehmerbelange, die es allgemein zu vertreten gilt. Sicherlich ist keiner glücklich darüber, daß es Gewerkschaften so unterschiedlicher Größenordnungen gibt. Aber es ist auch keiner traurig, daß es große und starke und finanzkräftige Organisationen gibt. So bin ich in diesem Falle der Auffassung von *Eugen Loderer* (*Der Gewerkschafter*, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, Ausgabe Juni 1970), daß „alle Arbeitnehmer davon profitieren, wenn eine große Gewerkschaft die Situation nützt und einen sozialen Durchbruch erzielt“. Anders kann und wird es auch in der Zukunft nicht sein.

Also gibt es keine Probleme der innergewerkschaftlichen Zusammenarbeit? Doch, es gibt Probleme, und es sind nicht wenige. Das erste Problem liegt in der *überbetonten Selbständigkeit*. Diese handgemachte Freizügigkeit der Großen gibt ihnen allzuleicht das Gefühl, für alles selbst zuständig zu sein. Das zweite Problem ergibt sich aus dem ersten, nämlich das Gefühl der Großen, von allen anderen und manchmal sogar auch vom DGB unabhängig zu sein. Das dritte Problem ist in der *unterschiedlichen Finanzkraft* zu sehen. Man gibt sich Einrichtungen, über die weder die Kleinen noch der DGB verfügen. Das vierte Problem ist sehr heikel, aber vor dem Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß sollte nichts verschwiegen werden.

Große Gewerkschaften haben die Neigung, ihren Mitgliedern zu beweisen, daß sie in der besseren Gewerkschaft sind. Und so beschließt man über *besondere Leistungen*, die kleine Gewerkschaften nicht aufzubringen vermögen. Über diese vier Probleme zu reden, würde sich schon lohnen. Ob hierfür allerdings ein außerordentlicher Kongreß erforderlich ist, darüber läßt sich streiten. Alle angesprochenen Fragen können und müssen die Gewerkschaften für sich und bei sich selbst entscheiden, um dann mit einem einheitlichen Konzept vor einen DGB-Kongreß hintreten zu können. Dies setzt aber Einigkeit und Übereinstimmung vor einem DGB-Kongreß voraus, denn der DGB-Kongreß selbst ist nicht in der Lage, Satzungen der Einzelgewerkschaften zu korrigieren.

Wenn den Mitgliedern — besonders der kleineren Gewerkschaften — Gehör geschenkt würde, dann erkennte man deren Vorbehalte und Unbehagen, weil die Mitgliederrechte immer mehr auseinanderklaffen:

Unterschiedliche Beiträge;
unterschiedliches Sterbegeld;
unterschiedliches Altersgeld;
unterschiedliche Versicherungsleistungen;
unterschiedliche Bildungseinrichtungen;
unterschiedliche Erholungseinrichtungen.

Ich rede nicht einheitlichen Beiträgen das "Wort. Ich weiß um die großen Schwierigkeiten. Wenn die Kosten der Gewerkschaften unterschiedlich hoch sind, können sicherlich auch nicht die Beiträge gleich sein. Denken wir nur an den Beitragseinzug z. B. bei Bahn und Post auf der einen Seite und in einem Warenhaus oder einem Handwerksbetrieb auf der anderen Seite. Es wird also immer Unterschiede geben müssen. Die Frage ist nur, ob es uns gelingt, bestehende Unterschiede zu verringern oder ob wir sie gewollt oder ungewollt weiter größer werden lassen. Aber auch diese Fragen löst kein außerordentlicher DGB-Bundeskongreß, wenn die Gewerkschaften sich nicht bereits vorher auf einen Nenner einigen, statt jeden seinen eigenen Weg trampeln zu lassen.

Eine weitere Frage, die die Mitglieder berührt, ist das *Informationswesen*. Jede Gewerkschaft hat ihr eigenes Funktionärsblatt. Die große Gewerkschaft im Vierfarbdruck auf Glanzpapier, die weniger finanzstarken Organisationen im Kleinformat schwarzweiß. Muß das sein? Haben nicht alle Funktionäre die gleichen Interessen? Kann also nicht der DGB für alle aktiven Mitglieder eine einheitliche Monatsschrift herausgeben? Spezielle Berufsfragen ließen sich auf eine vierseitige Einlage drucken. Oder nehmen wir den Pressespiegel. Auch hier hat jede Gewerkschaft ihre eigenen Maßstäbe. Ist es so unmöglich, daß dies der DGB für alle unternehmen würde? Ein solcher Weg würde auch unberechtigten Partikularinteressen entgegenwirken, weil so jeder Gewerkschaft die Probleme der anderen nähergebracht werden könnten.

Oder denken wir an den hauptamtlichen *Nachwuchs*. Jede Gewerkschaft versucht hier schlecht oder recht ihre eigene Methode. Wäre es nicht eine dankenswerte Aufgabe des DGB, für den hauptamtlichen Nachwuchs für alle Verbände zu sorgen? Und selbst wenn hierfür eine DGB-Bundesschule zur Verfügung gestellt werden müßte. Diese wenigen Beispiele sollen nur dazu dienen, Probleme zu erkennen und zum Nachdenken zu verhelfen.

Zugegeben, dieser Sand im Getriebe des Miteinander könnte auch dann sein, wenn sich unter einem starken DGB gleich große Gewerkschaften befänden. Und vielleicht wäre die Koordinierungsaufgabe des DGB dann noch schwieriger zu lösen. Aber das entscheidende Problem anstehender Fragen liegt nicht so sehr in der Koordinierungspflicht des DGB, obwohl gerade bei dem Nebeneinander von großen und kleinen Gewerkschaften diese Aufgabe vom DGB nicht vernachlässigt werden darf. Nein, die größte Schwierigkeit liegt in der umseitig bereits angesprochenen Selbständigkeit großer Verbände. Autonom sein zu können, birgt die *Gefahr der Verselbständigung* in sich. Hieran kann der DGB selbst wenig ändern. Nur die Einsicht der Einzelgewerkschaften kann eine Änderung bewirken. Wenn jede Gewerkschaft ein kleines Stück Autonomie abgibt und somit dem DGB gibt, was ihm bereits nach der gültigen Satzung gebührt, wäre schon ein großes Stück geschafft. Alle Gewerkschaften müßten somit dem DGB, als Vertreter aller Arbeitnehmer, die Verantwortung für

Gesellschaftspolitik;
Wirtschaftspolitik;
Finanzpolitik;

Sozialpolitik und
Kulturpolitik

übertragen, und zwar uneingeschränkt. Die Entschlußfreiheit der Gewerkschaften in allen anderen Fragen, besonders im Tarifbereich, würde hierdurch keine Einengung erfahren. Und eine solche Politik des Für- und Miteinander beeinträchtigt in keinem Falle weder die innergewerkschaftliche Demokratie noch die berechtigten Mitgliederinteressen.

Die mir gestellte Aufgabe, nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen großen und kleinen Organisationen zu suchen, beantworte ich mit der Feststellung, daß dies keine Satzungsfrage sein kann. Die schlechteste Satzung kann kein Hindernis für eine gute Zusammenarbeit sein, genauso, wie die beste Satzung der Welt keine geordnete Kooperation garantieren wird. Allerdings werden Einsicht, Verstand und Vernunft in der Lage sein, Berge zu versetzen. Eine *Reform des Geistes und der Zusammenarbeit* ist deshalb wichtiger als die Änderung von Satzungsbestimmungen. Auf jeden Fall hindert die unterschiedliche Größenordnung von Einzelgewerkschaften niemanden, eine einflußreiche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Daß trotzdem immer wieder nachgedacht werden muß, welche Organisationsform die zweckmäßigste ist, bleibt eine andere Frage. Die ständig abnehmende Zahl von Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig kann natürlich die Eigenständigkeit einer Organisation in Zweifel ziehen. Hier müssen dann Wege nach einer Reform gesucht werden.

Vielleicht ist auch der Gedanke, eine große Gewerkschaft der Konsumgüterindustrie zu bilden, nicht völlig aus der Welt. In diesem Falle mit viel Phantasie ans Werk gehen, könnte allen guttun. Selbst utopische Zukunftsbilder einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation zu entwerfen, könnte die Aufgabe eines Planungsstabes sein. Vielleicht fällt man dann eines Tages auch darüber, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Finanzhoheit beim Dachverband keine schlechten Erfahrungen gemacht hat.

Bleibt am Schluß noch die Frage nach der *Aufgabe des Außerordentlichen DGB-Bundeskongresses* im Mai in Düsseldorf. Sicherlich ist es ganz sinnvoll, Korrekturen der Satzung vorzunehmen; die Delegierten werden auch ohne Zweifel eine Reihe von neuen Bestimmungen beschließen. Aber der Blick darf nicht zu sehr nach innen gerichtet sein. Reform zu meinen und dabei an Paragraphen zu denken, wird uns nicht weiter führen. Wenn der DGB-Kongreß einen echten Sinn haben soll, dann muß die Stärkung nach außen den Vorrang haben. Alle Reformbestrebungen müssen deshalb zum Ziel haben:

- den DGB und seine Gewerkschaften zu stärken;
- den Einfluß des DGB zu vergrößern;
- die Zusammenarbeit zwischen DGB und Gewerkschaften und den Gewerkschaften untereinander zu verbessern;
- das Image der Gesamtbewegung zu heben;
- die Verbundenheit zwischen Mitgliedschaft und Gewerkschaftsführung zu vertiefen und vor allen Dingen als wichtigstes:
- die Wirkungsmöglichkeit des DGB und seiner Gewerkschaften auf den Bundestag, auf die Länderparlamente, auf die Regierung, auf die Parteien, auf die Unternehmen und somit auf die Gesellschaft schlechthin entscheidend zu erhöhen.

Wenn wir hieran arbeiten, dann haben wir alle dem Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß Sinn und Inhalt gegeben. Hierbei wird es keine Rolle spielen, daß der DGB große und kleine Gewerkschaften unter sich vereinigt. Entscheidend ist das Ziel und das Ergebnis, auch wenn die Einzelgewerkschaften ein kleines Stück Autonomie freiwillig an den Deutschen Gewerkschaftsbund abtreten. Wenn dies gelingt — und ich zweifle nicht daran —, dann hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Voraussetzung dafür geschaffen, das nächste Jahrzehnt entscheidend mitzugestalten.